

# Export schmutziger Industrien

Ein besonderer Aspekt in den Beziehung zwischen Japan und Südostasien ist der Export von umweltverschmutzenden Industrien aus Japan in die Region.<sup>1</sup> Zum ersten Mal wurden sie 1973 öffentlich kritisiert, als die Thai Asahi Caustic Soda Co. (TACS), eine Tochterfirma der Asahi Glass (ehemals eine Abteilung der Mitsubishi Kasei) Salzsäure und Quecksilber in einem thailändischen Fluß entsorgte.

Bauern, die am Fluß lebten, beschwerten sich über diese Flußverschmutzung bei der thailändischen Regierung darüber, und eine offizielle Untersuchung bestätigte den Wahrheitsgehalt der Anschuldigungen. Die starken antijapanischen Gefühle in der thailändischen Bevölkerung hat dazu beigetragen das Thema auf die politische Tagesordnung zu bringen.<sup>2</sup>

Ein anderer Fall war *Nippon Chemical Industrial (Nippon Kagaku Kogyo)*, welches, wie sich herausstellte, Sechswertigen Chrom in Tokio entsorgt hatte. Die Firma hatte geplant eine Zweigstelle in Korea zu gründen, wurde aber durch Einwände der Tokioer Stadtverwaltung daran gehindert.

Die Bürgerbewegung gegen Umweltverschmutzung in Japan wurde während der späten siebziger Jahre schwächer. Fälle von Umweltverschmutzung durch *Asia Rare Earth (ARE)* und *Kawasaki* fanden beide in dieser Zeit statt. Viele umweltverschmutzende Industrien wurden in der Zeit zwischen den späten siebziger und den frühen achtziger Jahren exportiert und Japans Firmen schienen grundsätzlich den Gefahren des Exports von höchst umweltschädlichen Produktionsprozessen keine Beachtung zu schenken.

Rückblickend auf den ARE-Fall, welcher ein Hauptstreitpunkt der letzten zehn Jahre war, kann man einen Einblick in die Realität des Exportes umweltverschmutzender Industrien gewinnen. Es war ein typischer Fall, in der eine Firma nicht in der Lage war, seinen radioaktiven Abfall innerhalb Japans zu behandeln und ihn deshalb schließlich ins Ausland verschiffte.

Hochrangige Mitarbeiter der *Mitsubishi Kasei Co.*, Hauptinvestor in ARE, die für die Errichtung der Auslandsniederlassung zuständig waren, haben Bücher geschrieben, in denen sehr deutlich wird, daß die Änderung des Gesetz zur Behandlung von nuklearen Rohstoffen, Brennelementen und Reaktoren 1969, welches bei dem Anfall von Erzen seltener Erde (*monazite-based rare earth ores*) Anwendung findet, sie zu Überlegungen verleitet hatte, damit ins Ausland zu gehen. Die Verarbeitung solcher Erze

unterlag den gleichen strengen Vorschriften, die auch für den Bau von Atomreaktoren gelten. Bis zu der Zeit hatte die Firma dieses Erz aus Malaysia importiert und es in Japan verarbeitet, aber setzte diese 1971 aus. Eine legale Entsorgung des nuklearen Abfalls im Inland wäre möglich gewesen, aber wegen der vorangegangenen Gesetzesänderung mit hohen Kosten verbunden.

Das folgende Jahr 1972 war für Mitsubishi ein Unglücksjahr, als die Firma einen Umweltgerichtsverfahren in Yokkaichi verlor. In diesen zwei Jahren bekam der Gigant die volle Kraft der japanischen Umweltgesetze zu spüren. Es war daher kein Zufall, daß das Manage-

matisch, da die Firma keinerlei Maßnahmen getroffen hat, obgleich die Zuständigen sich der Konsequenzen ihres Vorgehens voll bewußt waren. Sie waren sich sicherlich der Tatsache bewußt, daß in dem Yokkaichi-Verfahren vor einem Jahr der Richter solchen Firmen, die giftige Stoffe produzieren, angeordnet hatte, genaue Untersuchungen durchzuführen, bevor sie ihre Standorte auswählen. Weder Mitsubishi Kasei noch ARE veranlaßten Umweltverträglichkeits-Untersuchungen bevor sie ihr Unternehmen in Malaysia begannen - trotz der Tatsache, daß mehr als 10.000 Menschen innerhalb eines 1 km-Radius von der geplanten Fabrik wohnten, und viele entlang des Flusses, der hinter der Firma floß. Es wurden keine Maßnahmen getroffen und die Anwohner wurden nicht konsultiert.

Die Umweltschutzmaßnahmen der Firma waren ebenfalls äußerst problematisch. Der Betrieb produzierte radioaktiven Abfall und die Firma entsorgte einfach die gefährlichen Stoffe in einen Teich im Hinterhof des Firmengeländes. Dies wäre in Japan unvorstellbar gewesen.

Der Vorstand von Mitsubishi war sich dessen sehr wohl bewußt, daß der Grund für die Auslagerung der Produktion an der Schwierigkeit lag, mit dem radioaktiven Abfall richtig umzugehen. Sie ergriffen aber auch keine Maßnahmen ih-



Demonstranten vor Mitsubishi Kasei

aus: AMPO Vol. 23, No. 4, S. 53

ment 1973 entschied, sein Werk in Malaysia zu bauen. Dies war eindeutig eine Strategie, um sowohl den strengen japanischen Gesetzen, als auch der wachsenden Umweltbewegung in Japan aus den Weg zu gehen.

Manche Leute könnten behaupten, daß es legitim ist im Ausland zu operieren, sofern angemessene Umweltschutzmaßnahmen getroffen werden. Der ARE-Fall ist aber selbst in diesem Rahmen proble-

ren Abfall sachgerecht zu entsorgen. Nahegelegenen Anwohnern wurde sogar gesagt, daß der Abfall als Dünger verwendet werden könnte, und sie verteilten es auf die Reisfelder.

Diese Nachlässigkeit macht deutlich, warum das Management überhaupt ihre Produktion ins Ausland verlagert hatte. Der primäre Faktor waren die Kosten. Sie wußten, wenn sie Produktion in Japan etablieren würden, sie strenge Gesetze

und örtlichen Widerstand überwinden müßten, was wiederum mit zeitlichem und finanziellem Aufwand verbunden gewesen wäre. In Malaysia hingegen konnten sie sofort mit ihrem Unternehmen anfangen. Sie brauchten nicht die Ortsansässigen zu konsultieren oder Umweltschutzmaßnahmen zu ergreifen. Man sagt, es kostet genauso viel, Anlagen zur Lagerung des radioaktiven Abfalls zu bauen, wie das Werk selbst, das den Abfall produziert. Mitsubishi Kasei konnte somit im Grunde genommen sein Werk zum halben Preis bauen. Dies war zweifelsohne ein gutes Schnäppchen für die Firma.

Das ist der Knackpunkt. Das Mitsubishi Management hatte betont, daß es stets nach den malaysischen Gesetzen gehandelt habe. Aber es ist offensichtlich, daß sie auch kommerzielle Profite berücksichtigten, als sie ARE aufbauten. Selbstverständlich beinhaltete die Kostenrechnung nicht die Kosten der Entsorgung des radioaktiven Abfalls. Das ist Mitsubishis Sünde.

Was die Geschichte mit ARE zeigt, ist eine Struktur, in welcher umweltverschmutzende Unternehmen ins Ausland gehen, um Umweltschutzbewegungen und dem öffentlichen Bewußtsein über den Umweltschutz aus dem Weg zu gehen. Das ist üblich in den industrialisierten Ländern.

## ARE ist keine Ausnahme

Auch im Kupferbergbau gilt dies seit vielen Jahren. Japan hat eine lange Tradition Kupfer zu fördern und mit der daraus resultierenden Umweltverschmutzung umzugehen. Das bekannteste Beispiel war die *Ashio-Mine* in Tochigi, die sowohl Luft- als auch Flußverschmutzung in der Umgebung verursachte.

Die Umweltkosten wurden sogar dermaßen hoch, daß es sich schließlich nicht mehr lohnte, Kupfer in Japan abzubauen. Konsequenterweise fingen Firmen an, ihre Bergbautätigkeit in solche Länder wie Malaysia und den Philippinen zu verlegen. Wie zu erwarten war, brachten die meisten dieser Projekte den ortsansässigen Bevölkerung schwerwiegende Umweltprobleme. Die *Mamuto-Mine* in Malaysia, ein Zusammenschluß mit einer japanischen Firma und der *Shiparay-Mine* in den Philippinen, der von *Marrubeni* finanziert wird, führte große Mengen von giftigen Schlamm in nahegelegene Flüsse.

Diese Unternehmen und ARE sind sehr ähnlich, und es sind die Anfangsstadien der Produktion, die in der Regel den meisten Abfall produzieren. Und genau diese Prozesse wurden in den Süden exportiert.

Der Fall der *Philippine Sinter Corporation*, der von *Kawasaki Steel Corporation* finanziert wurde, ist ein anderes Beispiel für die erwähnten Vorgehens-

weisen. 1975 reichte eine Gruppe von Ortsansässigen in der Nähe des Werkes der Firma in Chiba City in Japan eine Klage gegen die Firma ein. Sie verlangten einen Baustopp und Kompensation für die Gesundheitsbeschwerden, die durch das Werk verursacht worden waren. Als Reaktion folgte die Firma Mitsubishi Kasei Beispiel und verlegte seine Eisenerzverhüttung in die Philippinen. 1977 war das Werk fertiggestellt und ging in Betrieb.

Die Alternative für Kawasaki war, seine hochgefährlichen Materialien in Japans Luft zu verteilen, was im Gegenzug bedeutet hätte, hohe Summen an Kompensation zu zahlen. Sie wußten, daß selbst bei einem ähnlich gearteten Gerichtsverfahren in den Philippinen, sie insgesamt billiger davon kommen würden. Entsprechend dieser Logik ist der Preis eines Menschen in entwickelten und einem Entwicklungsland unterschiedlich.

Sowohl Mitsubishi als auch Kawasaki folgten dieser Logik. Ihre Handlungen erfolgten nicht aus Versehen und könnten somit als kriminell bezeichnet werden. Sie handelten nach der Logik der Geschäftswelt, die Profit über alles andere stellt.

## Grüne Unternehmen

Die Phase zwischen 1988 und 1989 stellt einen Wendepunkt im allgemeinen Verhalten dar, da ein wachsendes Interesse an globalen Umweltproblemen zu verzeichnen war. Dies war bereits 1987 im G-7 Gipfel und der UN-Generalversammlung diskutiert worden und hatte in Japan große Beunruhigung erzeugt.

Die weltweite Beschäftigung mit Umweltfragen hatte einigen Einfluß auf die japanische Gesellschaft und führte zu einer Änderung der Haltung der Firmen gegenüber Umweltverschmutzung. Japanische Bürgerbewegungen und Anwälte begannen ebenfalls sich mit dem Thema des Exports von Umweltverschmutzung zu beschäftigen. Dies war eine Widerspiegelung der Globalisierung der japanischen Wirtschaft. Umweltbewußtsein innerhalb und außerhalb Japans führte in dieser Zeit zu einem neuen Bewußtsein der japanischen Bevölkerung über den Export von Umweltverschmutzung.

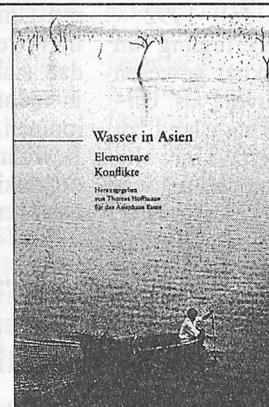
Im Falle von ARE spielte die Kritik an Japans staatliche Entwicklungshilfe (ODA) und

das Interesse an der Thematik des tropischen Regenwaldes eine große Rolle bei der Bewußtseinsbildung der japanischen Öffentlichkeit. Auch in den Massenmedien nahmen diese Themen einen breiten Raum ein, was den Protestbewegungen bedeutenden Auftrieb gab.

## Udenkbar (Aber doch machbar)

Die japanischen Firmen begannen 1989 rasch damit ihre Haltung zu Umweltfragen zu ändern, um im Einklang mit der internationalen Gemeinschaft zu stehen. Europäische Firmen begannen von sich als 'umweltfreundlich' zu sprechen und japanische Firmen, vor allem repräsentiert durch *Keidanren* (Verband der Wirt-

-Anzeige -



464 Seiten, gebunden  
zahlreiche Abbildungen  
in s/w und Farbe  
1. Aufl. April 1997  
ISBN 3-929979-37-3  
DM 49,-/ÖS 358,-/sFr 45,50

## Wasser in Asien

Elementare Konflikte

Herausgegeben von Thomas Hoffmann  
für das Asienhaus Essen

Eine Bestandsaufnahme elementarer Konflikte um Wasser in Asien: Wasser – seine existentielle Bedeutung kann durch die Nutzung verschiedener Gruppen zu politischen, sozialen, ökologischen und ökonomischen Konflikten führen. In knapp 70 Beiträgen – thematisch unterteilt in 8 Kapitel – wird die konfliktgeladene aber auch kulturelle Facette des Mediums Wasser behandelt. Diskutiert werden die Wassernutzung in Asien sowie die umweltpolitischen und sozialen Probleme und Entwicklungen.

Ein übergreifender Vorspann leitet jedes Kapitel ein. Eine Bibliographie verweist auf aktuelle und weiterführende Literatur zum Thema Wasser.

## Bestellung an:

Asienstiftung  
im Asienhaus  
Bullmannau 11  
45327 Essen

Tel. 0201 – 8303838  
Fax: 0201 – 8303830  
E-Mail: 101673.@compuserve.com

Lieferung gegen Rechnung oder Scheck,  
ohne zusätzliche Versandkosten

Konto: Nr. 8204100 Bank für Sozialwirtschaft,  
Essen (BLZ 370 205 00)



schaftsorganisationen), konnten nicht umhin, die gleiche Haltung einzunehmen. 1989 begann Keidanren eine Diskussion, wie man die Umweltschutzpolitik der japanischen Auslandsunternehmen verbessern könnte, und daraus entstanden im April 1990 die "Zehn Umweltrichtlinien für japanische Unternehmen im Ausland". Zuvor überarbeitete auch das Ministerium für Handel und Industrie (MITI) seine eigenen "Zehn Richtlinien über Unternehmensaktivitäten im Ausland".

Diese Entwicklungen bewirkten, daß es für Firmen unmöglich wurde, zuzugeben, daß sie ihre Operationen an Standorte mit lockeren Umweltschutzbestimmungen verlagern wollten. Als sie mit dem ARE-Fall konfrontiert wurden, versuchten andere Unternehmen dies als Ausnahme darzustellen. Ein Mitglied der Mitsubishi-Gruppe behauptete sogar in einer öffentlichen Erklärung im Juli 1992 – gerade nach der ersten Verfügung im ARE-Fall –, daß es undenkbar gewesen wäre, selbst zehn Jahre zuvor, als Unternehmen in ein Entwicklungsland zu gehen, nur wegen der lockeren Umweltschutzrichtlinien. "Zehn Jahre zuvor" war genau das Jahr als Mitsubishi Kasei ARE gründete. In dieser Hinsicht gab es einen Fortschritt, da es für japanische Firmen nicht mehr üblich ist, einfach ihren Müll in Entwicklungsländer zu exportieren.

Einen weiteren Wendepunkt löste *Se-marang Diamond Chemicals* (SDC) in Indonesien aus. SDC wurde 1976 als ein joint venture zwischen *Showa Chemical Co.* und *Mitsubishi Corp.* gegründet, um Calciumcitrat für kohlenstoffhaltige Getränke wie Coca Cola und Fanta zu verarbeiten und zu exportieren. Es verwendete Cassava- und Zuckerrohrrückstände in diesem Verarbeitungsprozeß und entsorgte den Abfall in einen Fluß vom ersten Tag der Inbetriebnahme an.<sup>3</sup> Erst 1990 änderte sich das, obwohl die Verschmutzungen bereits Mitte der 70er Jahre begonnen hatten. Im August 1991 änderte SDC plötzlich seine Haltung und verpflichtete sich in einer Vereinbarung, die Opfer zu entschädigen, eine Trinkwasseraufbereitung für die Anwohner zu bauen und ein Projekt zur Reinigung der Erde durchzuführen. Außerdem wurde die Fabrik geschlossen. Diese Abmachung spiegelt die Veränderung in japanischen Unternehmen wieder.

Auch die Regierung hat Schritt für Schritt in den späten 80er Jahren ihre Umweltpolitik geändert, vor allem was die Entwicklungshilfe betrifft. Aufgrund beispielsweise der Kampagne gegen den Narmada Staudamm in Indien und den Anfragen im Parlament bezüglich der *Philippine Associated Smelting and Refining Corp.* (PASAR), ein joint venture in die Marubeni involviert ist, ist es für die japanische Entwicklungspolitik nicht mehr möglich, Umweltfragen völlig unberücksichtigt zu lassen. Der PASAR-Fall zeigt insbesondere, wie nachlässige

Abfallkontrolle schwerwiegende Umweltverschmutzung verursachte. Abfall aus dem Amalgamierungsprozeß wurde auf dem Fabrikgelände aufgeschichtet, dem Wetter ausgesetzt und unmittelbar am Meer angrenzend. Jedesmal wenn es regnete, floß der Müll in den Ozean und vergiftete das Wasser, in dem auch Fischfang betrieben wird. Die Infrastruktur des Industriegeländes, auf dem PASAR produzierte, war mit Entwicklungshilfegeldern finanziert worden.

Die Anwesenheit des Militärs in diesem Gebiet machte es den Anwohnern schwer, sich gegen das Projekt zu organisieren, und es fanden keine wirklichen Verbesserungen statt, trotz der Tatsache, daß diese Problematik im japanischen Parlament aufgegriffen wurde. Im Allgemeinen ergreifen Unternehmen nur Abfallvermeidungsmaßnahmen, wenn sie mit Umweltschutzbewegungen konfrontiert werden. Mann kann jedoch sagen, daß sich diese Haltung ändert. Mamuto in Indonesien und Shiparay in den Philippinen, beide in Gebieten, in denen die Bewohner Schwierigkeiten haben sich zu organisieren, zeigen, daß die Probleme bestehen bleiben.

## Gebraucht werden Widerstand und rechtliche Standards

Solche Erfahrungen lehren uns, was man gegen den Export von umweltverschmutzenden Industrien tun kann: erstens und am Wichtigsten ist die Organisation von Protesten und Widerstand der ortsansässigen Bevölkerung an den Projektorten; zweitens brauchen lokale Bewegungen die Zusammenarbeit mit nationalen Nichtregierungsorganisationen (NRO); und drittens ist es notwendig, daß diese NRO mit engagierten Menschen in den entwickelten Ländern kooperieren. Die Calaca- und ARE-Fälle zeigen, wie mit diesen drei Prinzipien Fortschritte im Umweltschutz erzielt werden können. Also ist es unsere Aufgabe, solche Beziehungen aufzubauen.

Ich glaube, das Problem des Exports von Umweltverschmutzung ist zu einem gewissen Grad lösbar. Aber die Anstrengungen müssen mehr von den sozialen Bewegungen kommen, als durch rechtliche Regelungen. Gesetze sind jedoch immer noch notwendig. Es ist ein System, daß Probleme lösen kann, ganz gleich ob Umweltschutzbewegungen existieren oder nicht. Ich denke, Vorschriften müssen so geschaffen sein, um Umweltprobleme dort zu lösen, wo es nicht möglich ist, Widerstand gegen Umweltverschmutzung zu organisieren.

Diese Vorschriften müssen zwei entscheidende Kriterien erfüllen. Erstens, klare Standards sollten festgelegt werden, um zu bestimmen, was gemacht werden kann und was nicht. Zweitens, diese

Standards müssen zwingenden Charakter haben. Bezüglich des ersten Punktes gibt es die Richtlinien von Keidanren, die jedoch Schwachstellen haben, wie das Fehlen von Kompensationsbestimmungen. Es ist natürlich kein perfektes Werk, aber es wäre wirksam für alle japanischen Unternehmen, wenn diese Richtlinien als rechtliche Standards gelten. Das größte Problem ist jedoch, daß es keine Regelungen dafür gibt, diese Richtlinien durchzusetzen. Deshalb sind rechtliche Standards erforderlich.

Der nächste Schritt wäre Maßnahmen zu durchzusetzen, um rechtliche Standards einzuführen. Ich denke, um hier Fortschritte zu machen sind mehrere Stufen nötig: erstens, sollten Umweltverträglichkeitsprüfungen vor Auslandsinvestitionen und Importen von ausländischen Produkten vorgeschrieben werden; zweitens, ein Rechtssystem sollte vorbereitet werden, mit dem die einheimische Bevölkerung in Entwicklungsländern direkt bei japanischen Gerichten Klage einreichen kann, um Forderungen gegen japanische Unternehmen durchzusetzen; drittens, Export von Umweltverschmutzung sollte als Straftaten gelten, und Unternehmen, die die gesetzlichen Vorschriften verletzen, sollten bestraft werden. Wenn die Durchsetzung einer strafrechtlichen Verfolgung des Exports von Umweltverschmutzung sich als schwierig erweist, sollten die Namen der Unternehmen, die diese Umweltstandards verletzen, öffentlich bekannt gegeben werden. Ich denke die Veröffentlichung der Namen wäre ein wichtiger Schritt zur Kriminalisierung solcher Praktiken. In dieser Hinsicht ist es für uns entscheidend, rechtliche Regelungen gegen den Export von Umweltverschmutzung vorzubereiten. Gleichzeitig, wie bereits erwähnt, müssen Verbindungen zwischen der örtlichen Bevölkerung, nationalen NRO und Menschen in entwickelten Ländern, die dafür eintreten, geschaffen werden.

Kojima Nobuo

*Der Artikel ist die Zusammenfassung eines Interviews mit dem japanischen Rechtsanwalt, der intensiv über die Fälle ARE in Malaysia und Calaca in den Philippinen gearbeitet hat. Er wurde in AMPO, Japan-Asia Quarterly Review, Vol. 25, No.2 S. 20-24 unter der Überschrift, Exporting Dirty Industry, 1994 veröffentlicht. Übersetzung aus dem Englischen von Nicola Mackin und Simone Königer.*

### Anmerkungen:

- 1) vgl. auch Peter Franke, *Von ASEAN zu J-ASEAN. Die ASEAN-Staaten - Japans Hinterhof für umweltbelastende Industrie*, in SOAI 2/86 S. 2-8)
- 2) vgl. Inoue Sumio, "Exporting Pollution: Asahi Glass in Thailand", in AMPO No. 18
- 3) siehe AMPO Vol.12, No.4, Special Issue on Japanese Transnational Enterprises in Indonesia)